

Jaume-Palasi, Lorena; Pohle, Julia; Spielkamp, Matthias

Book Part — Published Version

Warum Digitalpolitik?

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Jaume-Palasi, Lorena; Pohle, Julia; Spielkamp, Matthias (2017) : Warum Digitalpolitik?, In: Jaume-Palasi, Lorena Pohle, Julia Spielkamp, Matthias (Ed.): Digitalpolitik: eine Einführung, Wikimedia Deutschland e. V. und iRights.international, Berlin, pp. 3-4, <https://irights.info/2017/05/09/neue-publikation-einfuehrung-in-die-die-digitalpolitik-themen-akteure-und-foren/28425>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/162173>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

Vorwort

Warum Digitalpolitik?

Nie zuvor hat eine Entwicklung die Welt so schnell und so grenzüberschreitend verändert wie die Digitalisierung und die Verbreitung des Internets. Das stellt unsere Gesellschaften vor enorme Herausforderungen. Wie können wir gestalten, was derart schnell voranschreitet und einen massiven Einfluss auf unser gesamtes Leben ausübt – auf unsere Art zu kommunizieren, zu arbeiten und zu lernen, zu entspannen und zu spielen, ja selbst zu lieben und zu sterben?

Wir müssen in diesem Reader *Digitalpolitik. Eine Einführung* nicht mehr deutlich machen, dass alle Lebensbereiche eine digitale Dimension haben. Das Ziel dieser Publikation, die von Wikimedia Deutschland und iRights.international initiiert und von ICANN unterstützt wurde, ist vielmehr zu erläutern, wie sich Digitalisierung und Politik gegenseitig beeinflussen. Die Wechselwirkung von Digitalisierung und Politik wird im Englischen als Internet Governance bezeichnet. In Deutschland setzt sich für das gleiche Phänomen zunehmend der Begriff Digitalpolitik durch.

Tatsächlich gibt es in der deutschen Sprache keinen guten Begriff für das, was im Englischen „Governance“ genannt wird. Es ist weder Regierung noch Staatsführung, denn es geht um mehr als die Regierung, und das Konzept *Führung* setzt in unserem Verständnis voraus, dass ein Einzelner die Richtung vorgibt – selbst wenn damit eine einzelne Regierung gemeint ist. Ähnliches gilt für Steuerung und Lenkung. Am nächsten kommt man der Idee sicherlich mit den Begriffen des Aushandelns und der Koordination. Man mag einwenden, dass das schon immer die Aufgabe der Politik war: Prozesse zu koordinieren und Kompromisse auszuhandeln zwischen den Interessen von Bürgerinnen und Bürger und denen von Unternehmen, zwischen Anhängern und Anhängerinnen der einen und der anderen Partei.

Dennoch ist der Aushandlungs- und Koordinationsprozess, der sich in der globalen Digitalpolitik entwickelt hat, ein anderer: Es sind dabei andere Stakeholder an Bord, andere Akteure also, die sich am Aushandlungsprozess beteiligen und dort ihre Stakes, das heißt ihre Interessen vertreten. Die Reihe der beteiligten Stakeholder erstreckt sich von nationalen wie internationalen Standardisierungsgremien über globale Internetunternehmen und über Organisationen wie ICANN, die die Domainnamen des Internets verwalten, bis hin zu lokalen Nichtregierungsorganisationen, Staaten

und einzelnen Aktivisten. Darum ist von so genannten Multistakeholder-Prozessen die Rede.

Es sind aber nicht nur andere Akteure, die die Gestaltung des Internets als einer Art 'Betriebssystem der Gesellschaft' aushandeln. Sie tun das auch in anderen Foren als bisher. Zu diesen Foren zählen etwa das globale Internet Governance Forum (IGF), regionale und nationale IGFs, die Freedom Online Coalition und die Konferenzen der Internet Society oder die auf einem informellen Zusammenschluss basierende Manila-Gruppe, in der Organisationen und Individuen Prinzipien zur Haftung für Intermediäre entwickeln.

Das soll nicht bedeuten, dass 'die Politik', bestehend aus Regierungen und Parlamenten als Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger eines Landes (oder einer Gemeinschaft wie der EU), weniger relevant würden. Es geht vielmehr darum zu sagen, dass diese Politik sich in den Dialog begeben muss mit den neuen Akteurinnen und Akteuren, in neuen Foren, mit neuen Prozessen. Die gegenseitige Beeinflussung nationaler und europäischer, europäischer und globaler, globaler und nationaler Digitalpolitik ist nicht nur ein Faktum, sondern vor allem eine Chance. Erstmals wird es möglich, tatsächlich alle Interessengruppen, die von einem Handlungsfeld oder einem politischen Problem betroffen sind, als gleichberechtigte Beteiligte in den politischen Dialog und Verständigungsprozess einzubeziehen. In diesem Prozess erfolgt eine echte nicht-hierarchische Regelfindung durch alle Beteiligten. Resultat dieser Multistakeholder-Prozesse sind meist Verständigungspapiere, die nur empfehlenden Charakter haben, aber idealerweise von einer großen Mehrheit akzeptiert und respektiert werden.

Selbstverständlich gibt es in diesen Prozessen Machtungleichgewichte, massives Lobbying durch Unternehmen, Hinterzimmer-Deals zwischen Regierungen oder bisweilen unfaire Anprangerungen durch 'Pressure Groups'. Das Einbeziehen unterschiedlicher Akteursgruppen in einen koordinierenden Dialog ist kein idealer Weg einer verständigungsorientierten Aushandlung, die nur auf dem „zwanglosen Zwang des besseren Argumentes" beruht. Aber es ist eine neue Stufe deliberativer Politik, die den Gestaltungsanforderungen einer vernetzten Welt angemessen ist.

Diese Möglichkeit richtig zu verstehen und zu nutzen, und damit größtmögliche Akzeptanz für die Ergebnisse herbeizuführen, macht Digitalpolitik aus.